

Entschließungsantrag

der Fraktion der CDU/CSU

zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch den Bundeskanzler zum Europäischen Rat am 23. und 24. Juni 2022 in Brüssel, zum G7-Gipfel vom 26. bis 28. Juni 2022 in Elmau und zum NATO-Gipfeltreffen vom 28. bis 30. Juni 2022 in Madrid

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Deutsche Bundestag hat am 28. April 2022 mit den Stimmen von SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP den Antrag „Frieden und Freiheit in Europa verteidigen – Umfassende Unterstützung für die Ukraine“ (Drs. 20/1550) angenommen. In diesem Beschluss forderte der Deutsche Bundestag die Bundesregierung unter anderem auf, die Lieferung benötigter Ausrüstung an die Ukraine fortzusetzen und womöglich zu beschleunigen und dabei auch die Lieferung von schweren Waffen und komplexen Systemen etwa im Rahmen des Ringtausches zu erweitern, ohne die Fähigkeiten der Bundeswehr zur Landes- und Bündnisverteidigung zu gefährden. Außerdem sollte die Bundesregierung prüfen, ob weitere Waffen abgegeben werden können und dabei aktiv auf andere Länder zugehen, um ihnen einen Ringtausch anzubieten.

Seit dem Beschluss des Deutschen Bundestages hat sich die militärische Lage im Osten der Ukraine weiter zugespitzt. Russlands Angriffe werden mit großer Wucht und großem Materialaufwand fortgesetzt. Ganze Landstriche werden dabei verwüstet. Die ukrainische Armee wehrt sich mit großem Mut und hoher Durchhaltebereitschaft. Doch die Verluste an Menschen und Material sind schwerwiegend und Russland gewinnt Stück für Stück Raum dazu. Langsam und unter entsetzlichen Verlusten, doch stetig. Die ukrainische Armee droht auszubluten. Das darf nicht geschehen. Damit die Ukraine ihren Kampf fortsetzen kann, braucht sie dringend Nachschub an modernen Waffen und Munition. Das war zum Zeitpunkt des Beschlusses des Deutschen Bundestages schon deutlich – jetzt ist es umso dringlicher.

Es ist aber festzustellen, dass die Bundesregierung dem Auftrag des Deutschen Bundestages auch nach mehr als einem Monat nicht nachkommt. Alle von der Bundesregierung eingeleiteten und angekündigten Lieferungen schwerer Waffen wie die des Flugabwehrpanzers Gepard, der Panzerhaubitze 2000, des Mehrfachraketenwerfers MARS II und des Flugabwehrsystems Iris-T sind über das Ankündigungsstadium und vorbereitende Maßnahmen nicht hinausgekommen. Insbesondere durch die Ukraine seit Anfang März erbetene Waffensysteme wie Leopard-1-Kampfpanzer und Marder-

Schützenpanzer aus Industriebeständen werden durch die Bundesregierung unverändert nicht zur Lieferung vorgesehen. Anstatt sich dem humanitären Gebot zu widmen, die Ukraine gegen den russischen Vernichtungskrieg vollumfänglich zu unterstützen, isoliert sich Deutschland mit seiner zögerlichen Haltung bezüglich der Lieferung schwerer Waffen zunehmend unter seinen Partnern in NATO und Europäischer Union. Die Bundesregierung riskiert dabei, den Ruf Deutschlands gerade bei unseren östlichen Nachbarn und Freunden irreparabel zu beschädigen. Dieses zögerliche und angesichts der sicherheitspolitischen Lage unangemessene Verhalten der Ampel darf daher nicht länger fortgesetzt werden und bedarf im Sinne des Bundestagsbeschlusses vom 28. April 2022 einer unverzüglichen Korrektur.

Dies muss dadurch geschehen, dass sich die Bundesregierung unseren Verbündeten in EU und NATO anschließt und einen entschlossenen Beitrag zur Stärkung der ukrainischen Selbstverteidigungskräfte leistet – auch und gerade mit „schweren Waffen“. Dabei muss sich Deutschland vom positiven Beispiel enger Verbündeter wie den USA, dem Vereinigten Königreich, Polen, Tschechien, der Slowakei und den baltischen Staaten leiten lassen, die bereits jetzt deutlich mehr tun, intensivere und „schwere“ Waffensysteme liefern und gezielt ukrainische Streitkräfte an hochwertigen Waffensystemen ausbilden. Diese Anstrengungen sind zentral für die Bundesregierung im Bundeskanzleramt zu koordinieren. Es liegt im deutschen Sicherheitsinteresse, dass das russische Regime bedingungslos alle Streitkräfte und Militärausrüstung aus dem gesamten Hoheitsgebiet der Ukraine abzieht und die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen uneingeschränkt achtet.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf der Grundlage des Bundestagsbeschlusses vom 28. April 2022 auf,
1. endlich die deutschen Waffenlieferungen an die Ukraine in Quantität und Qualität unverzüglich und spürbar zu intensivieren;
 2. die Versprechungen im Rahmen der Ringtausch-Vereinbarungen, etwa mit Polen und Griechenland, umgehend und vollumfänglich zu erfüllen;
 3. hinsichtlich der Abgabe von sensitivem militärischem Material an die Ukraine Transparenz zu schaffen, damit eine Einsichtnahme in der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages nicht nur einzelnen Abgeordneten gestattet ist;
 4. aus verfügbaren Beständen der Bundeswehr in größtmöglichem Umfang Rüstungsgüter direkt für die Ukraine bereitzustellen und unverzüglich dorthin zu liefern, inklusive „schwerer Waffen“ wie gepanzerte Waffensysteme und Artilleriesysteme, weitreichende Aufklärungsmittel, Führungsausrüstungen, Schutzausrüstungen, Mittel zur elektronischen Kampfführung, Gewehre, Munition, Flugabwehrraketen, Panzerabwehrwaffen sowie aller weiterer erforderlichen Mittel zur Bekämpfung der russischen Invasionstruppen;
 5. unverzüglich über Exportanträge der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie zu entscheiden sowie die Lieferung von Gerät und Waffen aus Bundeswehrbeständen an die Ukraine, die mittelbar weiter auch in der Bundeswehr benötigt werden, durch neue Lieferungen an die Bundeswehr zu kompensieren;
 6. unverzüglich über Angebote aus der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie zu entscheiden, Material und Waffen aus Firmenhand, „schwere Waffen“ wie gepanzerte Waffensysteme sowie Artilleriesysteme, in kürzester Zeit an die Ukraine zu liefern. Insbesondere sind die Angebote der Rüstungsindustrie zur Lieferung von Schützenpanzer Marder und Leopard-1-Kampfpanzer, die seit Ende Februar 2022 vorliegen, unverzüglich zu bescheiden;

7. die zentrale Koordinierung der Unterstützungsgesuche der Ukraine durch eine Kopfstelle im Bundeskanzleramt zu gewährleisten und diese auch mit der unverzüglichen Umsetzung der Waffenlieferungen zu beauftragen;
8. eine Task Force aus Experten des Bundesamtes für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw) zur Unterstützung der ukrainischen Seite zu bilden, die bei der Beschaffung von Rüstungsgütern bei deutschen Rüstungsunternehmen berät;
9. in Zusammenarbeit mit unseren europäischen und internationalen Partnern die kurz-, mittel- und langfristige Ausbildung der ukrainischen Streitkräfte zur Bedienung der ihnen zur Verfügung gestellten Waffensysteme zu unterstützen.

Berlin, den 21. Juni 2022

Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion

